

# Besetzt Köpfe, Straßen und Fabriken Zerstampft den Kapitalismus

## 20 Jahre Ökologische Linke

Am 11. März 2011 zerstörten ein Erdbeben und eine Flutwelle im japanischen Fukushima mehrere Atomreaktorblöcke – 25 Jahre nachdem die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl hunderttausenden Menschen das Leben kostete und noch heute kostet. Es kam zum GAU, zu Kernschmelzen in verschiedenen Reaktorblöcken. Die Radioaktivität nimmt zu, Lebensmittel und Trinkwasser sind radioaktiv verstrahlt, große Gebiete sind unbewohnbar. Zehntausende Tonnen radioaktiv verstrahltes Wasser wurden ins Meer geleitet. Das Profitinteresse des Atomkonzerns Tokyo Electric Power Company (Tepco) und die Atomkapitalabhängigkeit des japanischen Staates kosten tausende Menschen das Leben und bringen künftig Millionen Menschen qualvolle Krankheit und vielen den Tod.

In der BRD war es mit den von der CDU/FDP-Bundesregierung durchgesetzten Laufzeitverlängerungen für deutsche AKWs bereits im Herbst 2010 zu einem neuen Aufschwung für die Anti-AKW-Bewegung gekommen. Zum einen wurden, orientiert an den Grünen und gepuscht vom Kapital der erneuerbaren Energien, die bürgerlichen Kräfte gestärkt, zum anderen bekamen auch linkere Teile der Anti-AKW-Bewegung Unterstützung, weil politisch radikalere Kräfte wie die Interventionistische Linke (IL) die Anti-AKW-Bewegung als Massenbewegung nutzen wollte, um den Kampf gegen Staat und Kapital zu stärken. Daraus entstand 2010 z. B. die Aktion »Castor? Schottern!« bei den Gegenaktionen zum Castor-Transport nach Gorleben.

Nach dem Schock von Fukushima gingen in der BRD Hunderttausende auf die Straße. Kurzfristig verstärkten sich bürgerliche und radikale Kräfte. Die »Energie-Avantgarde« des gesättigten Bürgertums nutzte die Bewegung für ihre Forderungen, einer Modernisierung der Energieversorgung des Kapitalismus. Mit einer entsprechend parteipolitischer Interessen geführten verlogenen Scheindebatte zur Sicherheit der deutschen AKWs und einem Moratorium mit Abschaltung von acht Schrottreaktoren rettete die CDU/FDP-Regierung unter Beteiligung von SPD und Grünen das Atomprogramm. Am 30. Juni 2011 wurde vom Bundestag mit Stimmen von CDU/FDP/SPD/Grünen das »Atom-Ausstiegsgesetz« mit den de facto-Laufzeitverlängerungen des sogenannten Atomausstiegs der SPD/Grünen-Regierung von 2000 beschlossen. Damit gelang Staat und Atomkapital das anvisierte Ziel, eine weitere breite Mobilisierung der Anti-AKW-Bewegung zu zerschlagen und das Atomprogramm grundsätzlich und möglichst weitgehend, zunächst bis 2022, zu sichern. Der wahltaktische Ausflug in die Anti-AKW-Bewegung und der Fukushima-Schock bescherte der Pro-Atomkonsens-Partei der Grünen bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt,

Baden-Württemberg und in Rheinland-Pfalz jeweils mindestens eine Verdopplung des vorhergehenden Wahlergebnisses. Auch herrschende PolitikerInnen und Teile des Atomkapitals in Europa verfolgen das Ziel, das Atomprogramm »legitimiert« weiterlaufen zu lassen – zur Profitmaximierung des Atomkapitals, gepaart mit den militärischen Interessen der Staatsmacht, denn es gibt keine Trennung der militärischen von der zivilen Nutzung der Atomenergie. Die mörderische Atomwirtschaft läuft weltweit weiter.

Die tödliche Atomspaltungsenergie soll im Sinne des Kapitals solange laufen bis sie durch die ebenso gefährliche Atomfusion mit weiter sprudelnden Profiten abgelöst wird. Der im französischen Cadarache im Bau befindliche Fusionsreaktor soll bis ca. 2027 in Betrieb gehen. Auch an der Weiterentwicklung der derzeitigen Reaktortechnik wird zum Beispiel am Europäischen Institut für Transurane, dem ehemaligen Kernforschungszentrum Karlsruhe, geforscht.

Schon im »Normalbetrieb« werden Mensch und Natur durch AKWs mit radioaktiver Strahlung verseucht. In einer erneuten Studie wurde belegt, dass Kleinkinder im Umkreis von 5 km ein um 44 Prozent erhöhtes Leukämierisiko haben. Jährlich finden in der BRD über 500 000 Transporte mit radioaktiven Stoffen statt, 10 000 davon stehen im direkten Zusammenhang mit der Erzeugung von Atomstrom und sind die gefährlichsten. Am Zaun um die Endlagerbaustelle in Gorleben wurden vom Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) im August 2011 Strahlenwerte gemessen, die eine Überschreitung des Grenzwertes für die zulässige Jahreshöchstbelastung erwarten lassen. Trotzdem hat das Niedersächsische Ministerium für Umwelt und Klimaschutz Ende September die Genehmigung für den Castortransport 2011 nach Gorleben erteilt. Gleichzeitig wurde die Betriebsgenehmigung des Zwischenlagers Biblis bis 2046 verlängert. Ist das die neue Endlagerergänzungsstrategie? Viele kleine Endlager an den Atomkraftwerken, um die Anzahl der konfliktreichen Atomtransporte zu begrenzen. Mit der Abschaltung einzelner bundesdeutscher Atomkraftwerke ändert sich nichts an der kapitalistischen Profitlogik, Energie wird weiter für eine kapitalistische Verschwendungsproduktion verbraucht, weltweit werden Ressourcen ausgebeutet, wird die Natur zerstört und Menschen sterben täglich an den Folgen des Kapitalismus.

Die Anti-AKW-Bewegung mit ihrer bürgerlichen Breite ist heute mit der Qualität des Widerstandes der Anfänge nicht vergleichbar, als die Bekämpfung der Atomenergie auch ein Kampf gegen den Staat war. Heute sieht sich sogar das mittelständische Kapital der erneuerbaren Energien als Teil des Widerstandes. Die neuen bürgerlichen Teile der Bewegung verstärken die Fraktion des Widerstandes, die sich mit der Modernisierung des Kapitalismus zufrieden gibt. Sie wollen nicht wissen bzw. begreifen wie mörderisch Atomenergie schon im Normalbetrieb ist und feiern den Befriedigungsdeal des Atomkapitals als »neues Energiezeitalter«. Zum Moratoriumsende nahmen am 28. Mai 2011 in über 20 Städten an den »Atommeiler-Stilllegen Demonstrationen« der großen Verbände wie Robin Wood, Campact und ausgestrahlt über 160 000 Menschen teil. Nach der auch für radikalere Teile der Bewegung erfolgreichen »Castor? Schottern!«-Kampagne zum Castor-Transport 2010 starteten diese zwei zentrale Aktionen, die Blockade des AKW Brokdorf im Juni 2011 und die Abschaltblockade Neckarwestheim 2 unter dem Motto »Stilllegung durchsetzen« vom

13. bis 17. August 2011. Beide wurden jeweils kurzfristig auch wegen mangelnder Mobilisierungsaussichten abgesagt. Vielen reichte die Abschaltung alter Atomkraftwerke, die Kraft reichte nicht, das Atomprogramm zu kippen.

Ende November 2011 rollte der mindestens vorerst letzte Castor-Transport aus dem französischen La Hague nach Gorleben. Über 19 000 PolizistInnen räumten in der BRD dem Zug die Gleise frei und prügelten im Wendland BlockiererInnen von der Straße. Vielfältige Aktionen zwangen den Transport zu Wartezeiten und Langsamfahrten. Nach über 30 Jahren Widerstandserfahrung gibt es im ländlich geprägten Wendland von Lüneburg bis weit über Gorleben hinaus eine breite Solidarität der Menschen, die dort leben, mit allen, die kommen, um sich gegen den Castor und die mörderische Atomtechnologie zu stellen. Für die Tage des Widerstandes herrschte auch 2011 wieder ein allgegenwärtiges Klima der gegenseitigen Hilfe und Solidarität, ohne Konkurrenz und Leistungszwang.

Die Polizei setzte ihre Ankündigung einer Null-Toleranz-Strategie hinsichtlich der Freihaltung der Straßen brutal um. Lange bevor der Transport in der Region war, räumte sie mit massiver Gewalt eine Straßenblockade des Camps in Metzingen, die Menschen wurden eingekesselt bzw. von einer neuen Generation von Monster-Wasserwerfern von der Straße gespritzt.

An der Großkundgebung in Dannenberg am 26. November 2011 nahmen rund 23 000 DemonstrantInnen teil. Zum Teil parallel zur Kundgebung versuchten mehrere tausend Menschen das Gleis immer wieder unbefahrbar zu machen. Massive Polizeirepression entlang der Gleise verhinderte weitergehende Erfolge vieler phantasievoller Aktionsgruppen bei »Ende im Gelände«, bei der Schienensabotage autonomer Gruppen oder von »Castor? Schottern!«. Berittene Polizei jagte Menschen durch den Wald, knüppelte auf sie ein oder ritt in Gruppen von DemonstrantInnen und nahm Verletzungen dieser bewusst in Kauf. Auch viele TeilnehmerInnen der Sitzblockade von X-tausendmalquer auf der Zufahrtsstraße zum Betriebsgelände der Endlagerbaustelle in Gorleben litten unter sogenannten Schmerzgriffen der Polizeiräumungskräfte an Kopf, Hals, in die Augen usw.. So beginnt Folter auch. Bei der Räumung der zeitweise mit bis zu 5000 Menschen riesigen Schienensitzblockade von »Widersetzen« bei Harlingen wurden rund 1300 TeilnehmerInnen in einem Kessel aus Polizeifahrzeugen unter freiem Himmel über Stunden rechtswidrig festgehalten.

Mehrere Ankettaktionen an der Gleisstrecke verzögerten den Transport. Erstmals gelang der Bäuerlichen Notgemeinschaft in Hitzacker mit einer doppelbödigen Beton/Stahlpyramide das technische Knock-out der Polizei. Diese Aktion schuf Raum für eine große spontane Sitzblockade. Die Polizei musste aufgeben, konnte die vier an die Schienen gebundenen BäuerInnen nicht beseitigen. Nur weil die Polizei durch ihre Arbeit der beteiligten Frau einen Arm einklemmte, gaben die AktivistInnen nach 16 Stunden auf. Keine andere Aktion hatte bisher eine solche zeitliche Durchschlagkraft.

Mit 126 Stunden wurde der Castortransport 2011 nach Gorleben der längste in der Geschichte dieser Transporte. Mit bis zu 20 000 Menschen beteiligten sich überraschend

viele über die Tage aktiv am Widerstand.

Trotzdem widersprechen sich die grundsätzlichen Interessen in der breiten Anti-AKW-Bewegung. Sogar eine Spaltung der Bewegung ist möglich. Greenpeace will zum Beispiel den Atomdreck nach Baden-Württemberg karren und Kretschmann meint, praktisch ein Demonstrationsverbot fordern zu können, da ja alle PolitikerInnen jetzt angeblich den Atomausstieg wollen. Nach Fukushima, vor Gorleben gab es für viele positive Erfahrungen in einem zum Teil erfolgreichen Kampf gegen einen übermächtig scheinenden Staat. Durch den Druck von der Straße musste der Staat den Widerstand innerhalb des Kapitalismus beschwichtigen. Eine gesellschaftliche Aufwertung des militanten Widerstandes wurde zwar nicht erreicht, aber die Erfahrung, gemeinsam mit anderen selbst aktiv sein zu können, ist übertragbar auf andere, grundsätzlichere Kämpfe gegen Staat und Kapital.

Das zentrale Kampagnenflugblatt der Ökologischen Linke 2011 »Hirofukushima, das Kapital und die Repression« stellte die tödliche Atomenergie in den Kontext, der leicht aus dem Blickfeld gerät: ohne Atombombe kein Atomstrom, die militärische Nutzung ist von der sogenannten zivilen Nutzung der Atomenergie nicht zu trennen. Zudem garantiert der Betrieb der AKWs dem Atomkapital wie den deutschen Energieriesen RWE, E.ON, EnBW und Vattenfall riesige Profite. Zur Sicherung der Machtverhältnisse und zur Durchsetzung der Kapitalinteressen werden Staat und Kapital auch ihren Repressionsapparat einsetzen. Egal für welchen Bereich und weltweit. Das Kampagnenflugblatt wurde bei zentralen politischen Veranstaltungen und Aktionen nicht nur der Anti-AKW-Bewegung ab Ende April 2011 von Mitgliedern der Ökologischen Linken und SympathisantInnen bundesweit verteilt. Es gab mehrere große Auflagen mit jeweils aktualisierten Terminempfehlungen. Mit dem Thema »Anti-AKW-Bewegung wohin? Über soziale Emanzipation, Kommunismus und Natur« fand in Berlin am 7. Mai 2011 eine Diskussionsveranstaltung der Ökologischen Linken und der Ökologischen Linken Berlin statt.

Das angebliche Klimaschutz-Instrument der EU zur Begrenzung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes, der Handel mit sogenannten Verschmutzungslizenzen für die Industrie, ist tatsächlich eine Lizenz zum Geld drucken durch die ungehemmte Zerstörung der Natur. 95 Prozent der EU-Zertifikate für Verschmutzung wurden anfangs von den Regierungen an die Konzerne verschenkt. Erst ab 2013 sollen sie fast nur noch verkauft werden. Bis dahin haben viele Konzerne mehr Verschmutzungszertifikate als sie für ihre Produktion brauchen. So auch Thyssen-Krupp, der durch überschüssige Lizenzen einen Profit in Höhe von mindestens 253,6 Millionen Euro einfährt. Ein Milliardengeschäft für die Konzerne und ein Schlag besonders gegen die Länder der Peripherie des Kapitalismus, des Trikonts\*, die am stärksten von der Klimaveränderung betroffen sind.

In der BRD erreicht die Pro-Auto-Perversion neue Dimensionen, ab 2012 werden Fernbuslinien zugelassen, der Frachtverkehr auf der Straße wird ausgebaut. 5 Jahre lang wird

\* die drei unterentwickelt gehaltenen Kontinente Afrika, Asien und Lateinamerika

über eine Ausnahmeverordnung, die das Bundeskabinett im November 2011 beschlossen hat, in den acht Bundesländern, die sich am Feldversuch beteiligen, der Einsatz von sogenannten Gigalinern mit bis zu 60 Tonnen Gesamtgewicht und über 25 m Länge ermöglicht. Die Bundesregierung scheint davon auszugehen, dass sie als Betreiberin der Bundesautobahnen Transitrechte auch in den Ländern hat, die nicht am Versuch teilnehmen. Die Investitionen in das Straßennetz übersteigen seit Jahrzehnten diejenigen in die Schiene. Die Deutsche Bahn verfolgt konsequent ihren Auftrag, sich selbst abzuschaffen. Der Regionalverkehr in der Fläche wird durch unterlassene Investitionen aufgegeben, der Güterverkehr wird nicht weiterentwickelt und dafür die Bahnstrecken für Geschäftsleute ausgebaut. Ein Großteil der Milliardeninvestitionen der Deutschen Bahn geht in Hochgeschwindigkeitsstrecken, deren Fahrgäste idealerweise ohne Kinder, Fahrräder und Gepäck auskommen. Im Jahresbericht der Bahn von 2010 wird deutlich, dass statt Geld in den Ausbau des Schienennetzes zu stecken, Milliarden an staatlichen Subventionen genutzt werden, um Gewinne auszuweisen und weniger rentable Zukäufe im Bereich des Straßenverkehrs zu stützen. Bei Projekten wie S21, dem Umbau des Stuttgarter Kopfbahnhofes zum unterirdischen Durchgangsbahnhof, ist zudem viel Geld im Spiel, ImmobilieninvestorInnen warten auf die profitable Entwicklung der frei werdenden Flächen und die Bauwirtschaft buhlt um die Milliardenaufträge. Egal ob »Schlichtung« im Dezember 2010, Wahl eines grünen Ministerpräsidenten bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg im März 2011 oder einem »Stresstest« im Juli 2011, letztendlich wird S21 gegen jeden Widerstand durchgeprügelt werden.

Der Widerstand gegen das Projekt ist nach der Wahl der Grünen bei der Landtagswahl am 28. März 2011 zwar geschwächt, aber nicht zerschlagen. Nachdem die Bauarbeiten Mitte Juni 2011 wieder aufgenommen wurden, fanden nahezu durchgehend Montagsdemonstrationen statt, auch wenn diese mit bis zu ca. 7000 TeilnehmerInnen nicht die Größe der Proteste wie vor der Landtagswahl erreichten. Unvermindert geht dagegen die Repression auch unter dem grünen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann weiter. Im Anschluss an eine Montagsdemonstration mit über 5000 TeilnehmerInnen kam es am 20. Juni 2011 zu einer Baustellenbesetzung mit mindestens 1500 Beteiligten. Die baden-württembergische Polizei nahm 15 DemonstrantInnen fest. In den folgenden Stellungnahmen übernahmen die Grünen reaktionäre Positionen und verurteilten die Besetzung, eine im fortschrittlichen Bürgertum legitime Protestaktion, als Gewalt. Der Bundesvorsitzende der Grünen Cem Özdemir distanzierte sich von der Sachbeschädigung als Gewalt und spielte sich zudem als Hüter bürgerlichen Eigentums auf: »Es gibt keine Rechtfertigung für Gewalt. Es ist auch nicht zu rechtfertigen, dass Eigentum beschädigt wird. Es ist falsch und es bleibt falsch, dafür gibt es keinerlei Verständnis.« Die generelle Verurteilung des Widerstandes als Gewalt durch die Herrschenden versuchte den Widerstand in integrationsfähige, friedliche und gewalttätige DemonstrantInnen zu spalten. Zum Erhalt der SPD/Grünen-Landesregierung versuchten die Grünen, den Widerstand gegen S21 zu brechen. Methode hierfür war die landesweit durchgeführte Volksabstimmung am 27. November 2011. Das Ergebnis, dass das Land in der Finanzierung des Bahnhofes bleibt, dient wie vorauszusehen war, auch den Grünen als Legitimierung für den Weiterbau von S21. Die Sache lief im Großen und Ganzen so, wie es Jutta Ditfurth in ihrem Buch »Krieg, Atom, Armut. Was sie reden,

was sie tun: Die Grünen« skizziert hatte. Notwendig ist es jetzt, den Widerstand aufrecht zu erhalten und zu stärken. Die Ökologische Linke Stuttgart-Schwäbisch Gmünd verteilte bei den Aktionen regelmäßig das Kampagnenflugblatt der Ökologischen Linken 2011.

Ausdruck für den Ausbau der Repressionsinstrumente ist auch die am 27. Oktober 2011 beschlossene Verlängerung eines Teils der sogenannten neuen »Antiterror-Gesetze«, die nach dem 11. September 2001 ursprünglich befristet beschlossen wurden, um 4 Jahre. Neben dem normalen bürgerlichen Recht wird bereits seit den 1970er Jahren das politische Recht zur Aufstandsbekämpfung ausgebaut. Die Gleichheit vor dem bürgerlichen Recht gab es nie, aber seit Jahrzehnten wird an der Betonierung der Ungleichheit, der Perfektionierung des Klassenrechts gearbeitet. Die Gelegenheit wurde genutzt, in der Praxis nicht mehr Relevantes zu streichen und dafür Befugnisse der Geheimdienste zu erweitern. Nachrichtendienste können künftig direkt Auskünfte über Flüge angeblicher Terrorverdächtiger bei den Buchungssystemen abfragen. Außerdem können sie Kontenstammdaten anfordern, also Informationen darüber, welche Konten jemand bei welcher Bank unterhält. Zentrale Merkmale des bürgerlichen Rechtsstaates in Deutschland wie die Trennung von Geheimdiensten und Polizei nach den Erfahrungen mit dem NS-Faschismus verschwinden mehr und mehr. Die im Grundgesetz verbotene, aber längst wieder eingeführte Zusammenarbeit von Geheimdiensten, Polizei und Armee ist inzwischen bei drei Einsatzzentren institutionalisiert, Erkenntnisse von bis zu 40 deutschen Sicherheitsbehörden laufen hier zusammen: Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV), Bundeskriminalamt (BKA), Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), Zollkriminalamt, Bundesnachrichtendienst (BND), Militärischer Abschirmdienst, Bundespolizei und die Bundeswehr, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und Generalbundesanwaltschaft sowie 16 Landeskriminalämter und 16 Landesämter für Verfassungsschutz. Alle greifen auf eine gemeinsame Datenstruktur, die sogenannte Anti-Terror-Datei zu. Seit Dezember 2004 arbeitet in Berlin das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ), seit Anfang 2007 in Berlin das Gemeinsame Internet-Zentrum (GIZ) und seit dem 1. April 2011 das Cyber-Abwehrzentrum in Bonn unter Federführung des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI). Grundlage hierfür ist die von der CDU/FDP-Regierung am 23. Februar 2011 beschlossene »Cyber-Sicherheitsstrategie für Deutschland«. Teile dieses staatlichen Gewaltapparates sind verstrickt in das mörderische Treiben der Nazi-Terrorzellen. Auf NATO-Ebene bespitzelt die Abteilung für neue sicherheitspolitische Herausforderungen der NATO (Emerging Security Challenges Division) das Internet.

Selten gelingen Erfolge gegen die hochorganisierte Repression des deutschen Staates. Im September bestätigte der EU-Gerichtshof, dass das vom deutschen Innenministerium für Deutschland verhängte Sendeverbot des prokurdischen Fernsehsenders Roj-TV von 2008 nicht mit der europäischen Gesetzeslage vereinbar ist und verwies auf die Zuständigkeit der dänischen Behörden für den unter dänischer Lizenz arbeitenden Sender.

Gegen die Innenministerkonferenz in Frankfurt/Main am 21./22. Juni 2011 und die Militarisierung des Repressionsapparates wurde für den 22. Juni 2011 unter dem Motto »Wir kommen um zu stören! Innenministerkonferenz auflösen!« von einem Bündnis aus

»Sozialrevolutionärem und antinationalen Krisenbündnis Frankfurt«, »internationalistischem Bündnis« und dem bundesweiten Bündnis »ums Ganze« nach Frankfurt mobilisiert. Am 20. Juni 2011 fand eine Antirassistische Demonstration gegen die Abschiebung im Kundbereich des Flughafens Frankfurt/Main statt. Mit dem Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichtes vom Februar 2011 muss die Fraport AG Demonstrationen auf dem Flughafen Frankfurt dulden. Mindestens bei Betrieben, bei denen staatliche Institutionen mehrheitlich beteiligt sind, dürfen die Grundrechte, also auch das der Demonstrationsfreiheit, nicht eingeschränkt werden.

In Sachsen wurden von der Polizei im Rahmen der Verfolgung von Nazi-GegnerInnen massenhaft AktivistInnen bei den Aktionen gegen den Nazi-Aufmarsch am 13. Februar 2011 und der Verhinderung des Nazi-Aufmarsches am 19. Februar 2011 in Dresden ausgespäht. Während den Nazis in Dresden Platz eingeräumt wurde, waren sämtliche Gegenveranstaltung in Hör- oder Sehweite der Naziaktionen verboten worden. Dennoch gelang es nach 2010 erneut, den europaweit beworbenen Aufmarsch der Nazis am 19. Februar 2011 mit vielfältigen Aktionen und Sitzblockaden zu verhindern. Im Anschluss wurde gegen GegnerInnen des Naziaufmarsches wegen des Verdachts der Gründung einer kriminellen Vereinigung nach §129 STGB ermittelt. Gegen Beteiligte am Bündnis »Dresden Nazifrei« und andere angeblich an Aktionen beteiligte Personen wurden Ermittlungen eingeleitet, bei mindestens 44 Leute wegen der »Bildung einer kriminellen Vereinigung« nach §129 STGB. In Jena/Thüringen durchsuchte im August 2011 sächsische Polizei Wohnung und Büro eines gegen Neonazi-Zusammenhänge engagierten Pfarrers, in Stuttgart waren am 28. September 2011 vier Personen Opfer der sächsischen Ermittlungswut. Am 13. Oktober 2011 stürmte die Polizei in Berlin nicht nur die in einem Hinterhaus gelegenen Wohnungen von zwei angeblich an den Aktionen Beteiligten und durchsuchte diese. Auch alle Wohnungen des Vorderhauses wurden gestürmt. Im April 2011 hat der Sächsische Landesverfassungsgerichtshof das Sächsische Versammlungsgesetz wegen Verfassungswidrigkeit gekippt. Vom Zeitraum der Aktionen am 13. und 19. Februar 2011 wurden über Funkzellenabfragen knapp 900 000 Verbindungsdaten gespeichert und 40 732 Personendaten erhoben, von Personen, die in Dresden am 13. Februar oder 19. Februar 2011 in ausgesuchten Stadtgebieten telefoniert hatten. Mit der Aufdeckung dieser Überwachungsorgie wurde öffentlich, dass in Sachsen bereits seit Jahren im Rahmen von Ermittlungen gegen Nazi-GegnerInnen Funkzellenabfragen genutzt werden. Als »Bauernopfer« wurde im Juni 2011 der Dresdner Polizeipräsident zwangsversetzt. Mitglieder der Ökologischen Linken verteilten am 19. Februar 2011 das Kampagnenflugblatt »Das Elend (mit) der Lohnarbeit« von 2010. Während BürgerInnen und AntifaschistInnen in Sachsen und anderswo für ihr engagiertes Eintreten gegen Nazis ausgespäht, kriminalisiert und mit Rechtsextremen gleichgesetzt werden, konnten Nazis Netzwerke aufbauen und wie die Gruppe »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU) über 10 Jahre lang Banken überfallen und rassistische Morde verüben. Ein krimineller Teil des Verfassungsschutzes verhinderte mit, dass sie auffliegen. Die ermordeten Migranten wurden von der auf dem rechten Auge blinden Polizei ins kriminelle Milieu einsortiert anstatt als Opfer von Faschisten erkannt zu werden. Erst nachdem sich ein Mitglied im November 2011 nach einem misslungenen Banküberfall der Polizei stellte, wurde die Gruppe, die über

Jahre in Zwickau lebte, aufgedeckt und nur zögerlich wird der Umfang der Nazistrukturen aufgedeckt.

Die Weltwirtschaftskrise ist nicht zu Ende, viele Auswirkungen werden besonders in den kapitalistischen Zentren erst jetzt wirksam, brutalisieren den kapitalistischen Alltag. Die Kehrseite des Exporterfolges des deutschen Kapitals in der EU, ca. 60 Prozent der deutschen Exporte gingen im ersten Halbjahr 2011 in EU-Länder, ist die Zerstörung der Ökonomie und die Erhöhung der Ausbeutung der Lohnabhängigen im Süden und Osten der Peripherie Europas. Dieser Exporterfolg zerstört damit mittelfristig seine eigene Grundlage, im Juli 2011 verzeichnete die deutsche Industrie erstmals seit rund zwei Jahren einen Auftragsrückgang. Soziale Aufstände finden nicht nur in Griechenland statt, sondern auch in Spanien, Italien und Portugal wehren sich die Menschen gegen die Zerstörung der sozialen Sicherungssysteme, den massiven Abbau von Arbeitsplätzen und den Ausverkauf des Staates. Die sogenannte Troika Europäische Zentralbank (EZB), Internationaler Währungsfond (IWF) und EU-Kommission setzt erpresserisch drastische Sparmaßnahmen des Staates und soziale Grausamkeiten gegen die Peripherie EU-Europas durch, die sich unter anderem an der Agenda 2010 der BRD orientieren. Mit Interventionen bis hin zur Androhung der Einschränkung der nationalen Souveränität wird versucht, den Status Quo aufrecht zu erhalten. In Griechenland musste Ministerpräsident Papandreou auf Druck von Merkel und Sarkozy eine von ihm versprochene Volksabstimmung zu den EU-europäischen Gängelungen absagen. Mit dem Abgang des italienischen Ministerpräsidenten Berlusconi ergibt sich in Italien eine neue Situation. Ob diese zum Widerstand gegen sozialen Terror und Verelendungsprozesse führt oder dieser weiterhin mit übermächtiger Repression klein gehalten wird, ist noch nicht absehbar.

Die Herrschenden der BRD schützen vorrangig das deutsche Kapital, erhalten dessen Absatzmärkte und wollen deutsche Banken vor Verlusten bewahren. Zur Profitmaximierung baut das Kapital auf Kosten der Lohnabhängigen die Leiharbeit, moderne SklavInnenarbeit, und das Outsourcen von Arbeiten, sogenannte Werkverträge, um den Lohn zu drücken, aus. In den letzten 10 Jahren verdoppelte sich die Anzahl der Menschen, die als LeiharbeiterInnen ausgebeutet werden, und erreichte im Dezember 2010 mit 824 000 Stellen einen neuen Höchststand.

Über die 2009 ins Grundgesetz aufgenommene Schuldenbremse rechtfertigen Bundesländer und Staat weitere heftige ökologische und soziale Kürzungen, gleichzeitig werden riesige Profitmassen für das Kapital in allen Bereichen ermöglicht. Die Umverteilung von unten nach oben erreicht in der Krise neue Dimensionen, die sozialen Unterschiede verschärfen sich, die Risse in der Gesellschaft werden größer. Jedes dritte Kind ist arm und hunderttausende RentnerInnen bessern durch unterbezahlte Minijobs ihre Rente auf. 2010 verfügten in der BRD 10 Prozent der reichsten BürgerInnen über 56 Prozent allen Einkommens. Nach wie vor hängen Bildungschancen von der sozialen Herkunft und dem Einkommen der Eltern ab. Die seit Jahren stattfindende Ausweitung des Niedriglohnsektors und das in der Krise durchgesetzte Lohndumping führen zu Armut auch im Alter. Auf allen Ebenen werden weitere Streichungen bei der sozialen Infrastruktur und im Bereich der Bildung organisiert. Die

Restbestände eines sozialen Mietwohnungsbaus werden abgewickelt, aus Stadtvierteln werden MieterInnen wegen steigender Mieten verdrängt. Am 17. November 2011 demonstrierten SchülerInnen und Studierende bundesweit gegen Bildungsabbau und für eine bessere Bildung. In 44 deutschen Städten fanden Aktionen wie kurzzeitige Besetzungen und Demonstrationen statt. An der Revolutionären 1. Mai-Demonstration in Berlin gegen Gentrifizierung und steigende Mieten nahmen über 10 000 Menschen teil. In Nürnberg kamen unter dem Motto »Klassenkampf, Solidarität, soziale Revolution – Die Zukunft gehört uns!« 2500 Menschen zur dortigen Revolutionären 1. Mai-Demonstration. Mitglieder der Ökologischen Linken verteilten das Kampagnenflugblatt 2011.

In den Zentren EU-Europas schreitet der Staat bei Aktionen und Demonstrationen massiv und gewalttätig ein. Bei Aufständen in London, Manchester und weiteren Städten in Großbritannien Anfang August 2011 wurden für Lappalien drastische Haftstrafen zur Abschreckung verhängt. Die konservative Koalitionsregierung unter Premierminister David Cameron schlug vor, wegen Landfriedensbruchs oder Plünderung verurteilte Personen mit ihren Familien aus ihren Sozialwohnungen zu werfen und die staatlichen Bezüge zu streichen. »Es sollte möglich sein, sie rauszuwerfen, und zwar für immer«, sagte Cameron. Ausgangspunkt für die Aufstände in dem benachteiligten Londoner Stadtteil Tottenham war die Erschießung eines jungen Mannes durch die Polizei. Gegen ca. 1300 Menschen wurde Anklage erhoben, Einzelne wurden wegen eines Facebook-Aufrufs verurteilt, ohne dass es auch nur zu einer Versammlung von Leuten gekommen wäre. Für eine geklaute Flasche Wasser im Supermarkt wurden 6 Monate Haft verhängt, 18 Monate für einen Mann, der einen gestohlenen Fernseher in seinem Auto aufbewahrt hatte. Selbst konservative PolitikerInnen und der britische Kronanwalt John Cooper kritisierten das völlig unverhältnismäßige Vorgehen der Gerichte.

Innerhalb des Widerstandes gibt es starke Widersprüche, in EU-Europa ist bisher keine gemeinsame revolutionäre Bewegung zu erkennen. Ausgehend von der Wallstreet in New York protestieren seit Sommer 2011 Gruppen der »Occupy«-Bewegung gegen Bankenrettungen und sozialen Kahlschlag. Überwiegend in den kapitalistischen Zentren USA und EU-Europa wurden Plätze vor Banken und Börsen von Menschen mit Zelten besetzt. In der BRD ist die EZB in Frankfurt/Main Schwerpunkt der Bewegung. Eine verbindliche Organisierung wird abgelehnt und auch aus einer persönlichen Betroffenheit heraus nach dem »Guten an sich« Ausschau gehalten. So wichtig einerseits die Wirkung ist, dass viele Menschen auf der Straße ihre Wut zeigen, so kritikwürdig ist andererseits die Offenheit der Bewegung nach rechts und bei Teilen auch zum Nationalismus, Antisemitismus und Rassismus. Dazu gehören auch die frauenfeindlichen GesellianerInnen mit ihrer Zinsknechtschaft. Das monatelange Sprachrohr von Occupy Frankfurt Frank Stegmaier kommt von den rassistischen, antisemitischen und deutschnationalen Freien Wählern Frankfurt. Er ist zwar nicht mehr Mitglied, aber er steht weiterhin zur Rechtsaußenprogrammatische der Freien Wähler Frankfurt. Ohne eine grundsätzliche Kritik an den herrschenden Verhältnissen dient hierzulande die Bewegung auch als Rekrutierungsfeld für attac und einzelne Gewerkschaften, die mit ihren Organisationen maßgeblich die Aktionen der Bewegung organisieren.

In Solidarität mit dem Widerstand und kämpfenden Gruppen in der Peripherie Europas wird voraussichtlich für den 31. März 2012 unter dem Motto »Athen – Mailand – Madrid – Paris – Frankfurt... Die Krise heißt Kapitalismus!« zu einem ersten antikapitalistischen europäischen Aktionstag gegen Staat und Kapital aufgerufen. Der Aktionstag wird in der BRD vom Sozialrevolutionären und antinationalen Krisenbündnis Frankfurt koordiniert. In verschiedenen EU-Ländern sollen antikapitalistische Aktionen gegen die europäische Krisenpolitik stattfinden und in Frankfurt/Main, Sitz der Europäischen Zentralbank (EZB), die zentrale bundesweite antikapitalistische Demonstration. Es wird versucht, den Bauplatz der EZB zu besetzen. Eine internationale Konferenz am Samstag, den 10. Dezember 2011 in Frankfurt am Main wird zeigen, ob das Interesse groß genug ist.

Grundsätzliche Kämpfe mit einer revolutionären Ausrichtung gibt es ansatzweise nur in Griechenland. Soziale Kämpfe werden vom jeweiligen Staat mit inzwischen scheinbar grenzenloser Repression unterdrückt. Ausdruck der Verrohung der Herrschenden ist der Jubel Angela Merkels über die offen völkerrechtswidrige Ermordung von Osama Bin Laden am 2. Mai 2011 durch ein US-Killerkommando mit den Worten: »Ich freue mich, dass es gelungen ist, bin Laden zu töten.« Viele taten es ihr gleich. Am 22. September 2011 wird nach über 20 Jahren Kampf in der Todeszelle Troy Davis im Bundesstaat Georgia vom Staat ermordet. Er soll angeblich einen Polizisten erschossen haben. Trotz fehlender Indizien und nachdem sieben von neun Zeugnissen ihre Aussagen widerrufen haben, war ein letztes Gnadengesuch Stunden vor der Hinrichtung abgelehnt worden.

Während in der EU zur Unterdrückung und Bekämpfung sozialer Aufstände der Repressionsapparat ausgebaut wird, übt sich die militärische Aufstandsbekämpfung derzeit im Ausland, z. B. in Afghanistan, im Libanon, im Südsudan. Auslandseinsätze der Bundeswehr wurden und werden längst offensiv von den Grünen mitgetragen. Um die Einflussnahme auf Erdöl, Erdgas oder Absatzmärkte für das nationale Kapital zu wahren, mischten die Staaten des kapitalistischen Zentrums EU-Europa kräftig bei den Unruhen in Nordafrika mit, auch die Bundeswehr. Für die imperialistischen Interessen des deutschen Kapitals lieferte die BRD Saudi-Arabien Panzer, obwohl das Land z. B. zur Aufstandsbekämpfung im Nachbarland Bahrain intervenierte. Während der sogenannte »Arabische Frühling« von Politik und Medien bejubelt wurde, ertranken im Mittelmeer unter den Augen der NATO und der Grenzagentur FRONTEX (Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen) hunderte Flüchtlinge aus Tunesien und Libyen. Die EU wird auch weiterhin versuchen, die nordafrikanischen Staaten als Helfershelfer für die eigene Abschottung der eigenen Grenzen zu instrumentalisieren. Dazu bekommt FRONTEX entsprechend eines Beschlusses des Europäischen Parlaments im September 2011 nicht nur festes Personal und kann sich Ausrüstung wie Hubschrauber oder Schiffe besorgen, sondern wurde auch ermächtigt, eigenständig Rückführungsabkommen für Flüchtlinge mit sogenannten Drittstaaten abzuschließen. In der BRD findet täglich die Abschottung auf den Flughäfen statt, über die Flüchtlinge in ihre Heimatländer oder das jeweilige Einreiseland abgeschoben werden.

Am 17. März 2011 beschloss der UN-Sicherheitsrat mit der Resolution für die Einrichtung einer Flugverbotszone über Libyen »alle notwendigen Maßnahmen zum Schutz von Zivilisten«. Die UN-Resolution band die arabischen Staaten ein und legitimierte NATO-Interventionen ebenso wie Aktionen einzelner Staaten. Mit China und Russland, Indien und Brasilien enthielt sich der deutsche Außenminister Westerwelle und lehnte offiziell eine Beteiligung deutscher SoldatInnen bei den abzusehenden militärischen Angriffen ab. Mit der Unterstützung der libyschen Rebellen durch Luftangriffe und Luftaufklärung verstieß der NATO-Einsatz von Beginn an gegen die UN-Resolution und war ein Angriffskrieg gegen das libysche Regime von Muammar al-Gaddafi. Nach einem NATO-Angriff auf eine Fahrzeugkolonne wurde Gaddafi von Rebellen verhaftet und ermordet. Im Kampf um das libysche Öl forcierte insbesondere Frankreich als ehemalige Kolonialmacht Luftangriffe, neun von 28 NATO-Staaten führten Kampfeinsätze durch, führend dabei Frankreich, Großbritannien und Italien. Die bei den NATO-Bombardements zu Tode gebombten ZivilistInnen wurden dabei als Kollateralschaden hingenommen. Folter und Tod für ZivilistInnen gab es als Zugabe von beiden Seiten in Libyen, egal ob von Gaddafis Unterstützern oder Rebellen. Nach Angabe der Rebellen soll der Krieg über 60 000 Menschen das Leben gekostet haben. Als deutsche Unterstützung übernahmen AWACS-Aufklärungsflugzeuge auf Beschluss der CDU/FDP-Bundesregierung Aufgaben in Afghanistan, der gesamte Apparat stand dort zur Verfügung, um britische und US-amerikanische Streifkräfte zu »entlasten«. Verteidigungsminister Thomas de Maizière erklärte dazu: »Das ist eine tatsächliche Entlastung für die NATO und es ist ein politisches Zeichen unserer Bündnissolidarität auch vor dem Hintergrund der Ereignisse in Libyen.« Er kündigte auch für die Zeit nach Gaddafis Sturz deutsche Hilfen und Engagement an. Deutsche KapitalvertreterInnen und die SPD/Grüne-Opposition im Bundestag mit Jürgen Trittin und Sigmar Gabriel kritisierten die Enthaltung im UN-Sicherheitsrat. Schließlich musste das deutsche Kapital im Kampf um libysches Öl und Profite beim Wiederaufbau des nun zerbombten Landes in Stellung gebracht werden.

Der Ausverkauf Afrikas hält auch jenseits des Kampfes um Bodenschätze unvermindert an. Seit Jahren werden Millionen Hektar Ackerland an internationale Konzerne verkauft oder verpachtet. Die Erträge stehen nicht mehr für die Ernährung der Bevölkerung zur Verfügung, die auf den Flächen angebaute Biomasse dient unter anderem der Herstellung von Biokraftstoff, Monokulturen zerstören die Böden. Konzerne kommen nicht nur aus den kapitalistischen Zentren sondern auch beispielsweise aus China, Indien und Saudi-Arabien. In Äthiopien wurden 2011 für diese imperialistischen Interessen 15 000 Menschen zwangsumgesiedelt.

Um zukünftig tatkräftig deutsche Kapitalinteressen weltweit zu verteidigen, wird die Bundeswehr seit 2000 zur imperialistischen Angriffsarmee umgebaut. Der Umbau ist eingebettet in die veränderte imperialistisch ausgerichtete Militärstrategie der NATO. Ein Einsatz der Bundeswehr im Ausland wird als Regel betrachtet, nicht mehr als Ausnahme, bei der Modernisierung wird also »vom Einsatz her gedacht«. Nachdem Theodor zu Guttenberg den Verteidigungsministerposten räumen musste, nahm sein Nachfolger Thomas de Maizière dessen klare Worte auf und erklärt am 18. Mai 2011, dass Deutschland mit militärischen

Mitteln »für einen freien und ungehinderten Welthandel sowie den freien Zugang zur Hohen See und zu natürlichen Ressourcen« kämpfen wird.

Seit über 10 Jahren ist für die Organisation die »Streitkräftebasis« (SKB) ein Organisationsbereich bzw. Netzwerk innerhalb der Bundeswehr installiert, das bis in die deutschen Botschaften im Ausland hineinreicht. Das Einsatzführungskommando in Potsdam koordiniert alle Auslandseinsätze als zentrale Führungsstruktur. Sie untersteht unmittelbar dem Verteidigungsministerium und ist damit Teil der politisch-militärischen Befehlsstrukturen. Das Ausrüstungsarsenal wird entsprechend der neuen Anforderungen modernisiert und ausgebaut, beispielsweise soll die Großdrohne EURO-Hawk zur unbemannten Aufklärung bis Ende 2015 einsatzbereit sein. Am 1. Juli 2011 wurde die Wehrpflicht ausgesetzt. Grundwehrdienstleistende wurden nicht im Ausland eingesetzt, mit den jetzt gesuchten Freiwilligen ist das jederzeit möglich. Auch die Grünen halten den Umbau der Bundeswehr für wichtig, war es doch mit Joseph Fischer einer der ihren, der mit dem Jugoslawienkrieg 1999 den ersten Krieg von deutschem Boden nach dem Faschismus anzettelte. Cem Özdemir will tausende mehr Elitesoldaten für die Auslandseinsätze der Bundeswehr, für deutsche Angriffskriege und unterstützt den Plan von CDU-de Maizière. Jugendoffiziere werben auf Grundlage von Vereinbarungen mit den Bundesländern aggressiv an Schulen, interkulturelle Einsatzberater und MedienstrategInnen für das In- und Ausland sind im Einsatz. Die Militarisierung der BRD findet auch den Segen von Gewerkschaftsvorständen von ver.di und IG Metall gegen regionale gewerkschaftliche Gliederungen. Die sogenannten Zivilklauseln an Hochschulen fallen. Am Tag der offenen Tür der Bad Reichenhaller Gebirgsschützen Anfang Juni 2011 konnten Kinder in einem Spielzeugdorf »Klein-Mitrovica« auf Miniaturfahrzeugattrappen zielen üben, wenn auch nicht schießen.

Die Verlängerung des kriegerischen Bundeswehreinsatzes in Afghanistan im Rahmen der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF) beschloss die Bundesregierung am 12. Januar 2011, der Bundestag am 28. Januar 2011. Das Mandat läuft nun wieder bis 31. Januar 2012, solange wird mit der sogenannten Aufstandsbekämpfung das Morden auch an der Zivilbevölkerung fortgesetzt. Proteste der Menschen gegen die Besatzung und das Töten der NATO-Armee wurden von BundeswehrsoldatInnen blutig niedergeschlagen. Bei einer Demonstration gegen den Bundeswehrstützpunkt in Talokan am 18. Mai 2011 wurde gezielt auf Personen geschossen, 12 Menschen bezahlten ihre Teilnahme an der Demonstration mit dem Tod.

Anders als in der Anti-AKW-Bewegung bleibt die Widerstandsbewegung gegen die Destruktivkraft Gentechnik relativ klein. Auch wenn die Gefahren von Vielen erkannt werden und in der BRD der Einsatz von gentechnisch manipulierten Organismen in der Nahrung mehrheitlich abgelehnt wird, halten über 70 Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung den Einsatz von Gentechnik im medizinischen Bereich für sinnvoll, in der Hoffnung, heute nicht heilbare Krankheiten könnten zukünftig geheilt werden. Gleichzeitig werden Naturressourcen zur Heilung von Krankheiten wie in den Tropenwäldern aus Profitgier unwiderruflich zerstört noch bevor diese überhaupt erforscht sind. Forschungsgelder werden so verteilt, dass die Interessen der großen Konzerne bedient werden. Wegen einer positiven Haltung zum

Einsatz von Gentechnik im medizinischen Bereich bleibt der Widerstand gegen die Gentechnik oft auf diejenigen beschränkt, die im landwirtschaftlichen Bereich tätig sind bzw. mit der Lebensmittelproduktion zu tun haben und die Gefahren sehen. Zu einer der größten Anti-Gentechnik-Demonstrationen anlässlich der von der Bundesregierung ausgerichteten Agrarwirtschaftskonferenz am 22. Januar 2011 unter dem Motto »Nein zu Gentechnik, Tierfabriken, Preis-Dumping« kamen über 20 000 DemonstrantInnen nach Berlin. Organisiert wurde die Veranstaltung von 120 Bauern- und Umweltverbänden, Bürgerinitiativen gegen Massentierhaltung und Gentechnik, sowie von Eine-Welt-Gruppen.

Am 5. Juli 2011 beschloss das Europäische Parlament, dass in der EU Anbauverbote für in der EU zugelassene gentechnisch manipulierte Pflanzen auf nationaler Ebene auch aus Gesundheits- oder Umweltgründen verhängt werden dürfen. Damit wird das Ausmaß der mit gentechnisch manipulierten Pflanzen bewirtschafteten Flächen wesentlich vom Widerstand in den europäischen Staaten abhängen, die Zulassungen von gentechnisch manipulierten Pflanzen auf EU-Ebene werden unkomplizierter und einfacher. Gentech-Konzerne wie Monsanto können dann Druck auf die nationalen Parlamente ausüben, um den Anbau der dann zugelassenen Sorten zu ermöglichen. Derzeit werden weltweit bereits 10 Prozent der Ackerfläche mit gentechnisch manipulierten Pflanzen bewirtschaftet. In fünf Ländern wird ein Großteil der Gentechnik-Pflanzen angebaut, in den USA 45%, in Brasilien 17%, in Argentinien 16%, je 6% in Indien und Kanada. Mit 50% Soja, 31% Mais, 14% Baumwolle und 5% Raps verteilt sich der Anbau auf vier Nutzpflanzen, wovon 61% mit einer Herbizidtoleranz, 17% mit einer Insektenresistenz und 22% mit beidem gentechnisch ausgestattet wurden. Seit Jahren ist bekannt, dass sich aufgrund resistenter Unkräuter der Herbizideinsatz auf diesen Flächen extrem erhöht und zudem immer giftigere Chemikalien verwendet werden. Vereinzelt gibt es bei Schadensersatzklagen auch Erfolge. Im August 2011 war die Klage eines deutschen Imkers auf Schadensersatz der gentechnisch kontaminierten Ernteerträge vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) erfolgreich.

Für eine Technologie wie der Nanotechnologie, die mit ihren Risiken eine mögliche Destruktivkraft darstellt, gilt das Problem der gesellschaftlichen Akzeptanz verschärft. Trotz der bestätigten, für den Menschen unkalkulierbaren Risiken verbreitet die kapitalistische Produktion Nano-Partikel geräuschlos und unsichtbar in vielen Lebensbereichen. Eine Kennzeichnung von Produkten, die Nanopartikel enthalten, wird es nach dem Beschluss des Europaparlaments vom 6. Juli 2011 nur für Lebensmittel und erst 2014 geben. In einem Sondergutachten zu »Vorsorgestrategien für Nanomaterialien« beschrieb der Sachverständigenrat für Umweltfragen im Juni 2011 Risiken von Nanomaterialien, die völlig unzureichende Forschung hinsichtlich der Gefahren wie auch die mangelhafte Aufklärung über deren Verwendung. Eine breite vom Staat getragene Risikoforschung gibt es praktisch nicht und wird vom Kapital vehement abgelehnt, um die gewaltigen Profitmöglichkeiten nicht einzuschränken.

Am 2. und 3. Oktober 2011 fanden gegen die nationalen Einheitsfeiern rund um den 3. Oktober 2011 in Bonn die Antinationalen Demonstrationen statt. An der Demonstration

am 2. Oktober 2011 nahmen unter dem Motto »The only PIIG'S the System! Organisiert den Vaterlandsverrat!« um die 600 Menschen teil.

ÖkoLinX-ARL im Römer trat 2011 wieder als WählerInnengemeinschaft zu den Kommunalwahlen in Frankfurt/Main an, die am 27. März 2011 stattfanden. In der direkten Nachwirkung der Atomkatastrophe von Fukushima wurde die Wahl ein »Heimspiel« für die seit Jahren mit der CDU regierenden Grünen, da es ihnen gelang, sich als Anti-Atom-Partei zu verkaufen und allen Parteien Stimmen abzunehmen. Dank des persönlichen Engagements und großzügiger Spenden gelang es ÖkoLinX-ARL die Wählerstimmen leicht zu erhöhen und den Sitz im Frankfurter Stadtparlament, dem Römer, und im Ortsbeirat Nordend gegen den Trend zu verteidigen. Einige Monate wurde der Versuch unternommen, mit dem Vertreter der Europaliste für Frankfurt (ELF) und den zwei Vertretern der Piratenpartei eine »Bunte Fraktion im Römer« zu bilden. Diese platzte Anfang September 2011, nachdem Piraten und die Europaliste einen undemokratischen Fraktionszwang durchsetzen und Einzel- und Minderheitenvoten ausschließen wollten.

Im Frankfurter Römer macht derzeit die FDP wiederholt Front mit nationalen und rechtsradikalen Kräften wie den Freien Wählern Frankfurt. Zu einem Antrag zur Ausweitung eines Modellprojekts zur Verbesserung der Akutversorgung vergewaltigter Frauen wurde in der Sitzung am 29. September 2011 ein Gegenantrag von Rainer Rahn, ehemals FAG, jetzt FDP, mit zutiefst frauenverachtenden Äußerungen begründet. Jutta Ditfurth brachte die Kritik auf den Punkt, die insbesondere auch von Frauen aus Fraktionen wie den Grünen, SPD bis hin zur CDU vorgetragen wurde. Besonders schäbig war die Argumentation der FDP, dass Frauen Vergewaltigungen vortäuschten und für Sorgerechtsauseinandersetzungen missbrauchten. Der nächste FDP-Skandal folgte in der Sitzung vom 10. November 2011. Jutta Ditfurths Protest gegen die antisemitische Äußerung des FDP-Mitglieds Stefan von Wangenheim ignorierte das ganze Parlament. Sie wurde sogar vom Präsidium gerügt, nachdem von Wangenheim versucht hatte, ihre Zwischenrufe lächerlich zu machen und sie ihn deswegen zutreffend als Arschloch bezeichnet hatte. Die antisemitische Äußerung von Wangenheim blieb ungerügt. Stefan von Wangenheim unterstellte dem jüdischen Eigentümer beim Verkauf eines heute als Künstlerhaus genutzten Gebäudes an die NSDAP 1933 »die Gunst der Stunde genutzt« zu haben. Erst nach der Veröffentlichung der Presserklärung von Jutta Ditfurth im Internet durch linke und jüdische Webseiten sprang die Frankfurter Presse halbherzig und den Vorgang noch verwässernd auf den Kritikzug auf. Nach diesem öffentlichen Druck versuchte von Wangenheim seine Äußerung als »äußerst unglücklich« zu verharmlosen. ÖkoLinX-ARL ist in Frankfurt am Sozialrevolutionären und antinationalen Krisenbündnis Frankfurt beteiligt.

Bei den Landtagswahlen in Berlin am 17. September 2011 erhielten die Piraten als »unetablierte Protestpartei« 9 Prozent der Stimmen. Sie sammelten die Unzufriedenen aus allen Parteien und konnten 23 000 NichtwählerInnen mobilisieren. Die Piraten hatten ihren Erfolg auch einer außergewöhnlichen Beachtung der bürgerlichen Presse zu verdanken. Sie wurden als Identifikationsobjekte für nicht definierte Freiheit gesehen. Der diffuse Name transportiert zudem Abenteuer und romantische Gesetzlosigkeit. Dass

dort nun von Basisdemokratie und Transparenz schwadroniert wird, mutet nicht nur vor dem Frankfurter Hintergrund nahezu zynisch an. Im Vorfeld der ersten Fraktionssitzung der Berliner Piraten wurde für den Fraktionszwang geredet, die angebliche Anti-Zensur-Partei diskutierte über selbstzensurierte Mitschnitte der Fraktionssitzungen für das Internet und setzte diese Linie der Intransparenz erstmals bei einer nicht öffentlichen Fraktionsklausur durch. Die Grünen erhielten bei den Landtagswahlen in Berlin 4,5 Prozent mehr Stimmen. Nach Umfragewerten von über 30 Prozent sind jedoch die erzielten 17,6 Prozent, drittstärkste Partei hinter der CDU, eine Niederlage. Mit dem Platzen der Koalitionsverhandlungen gelang den Grünen zudem nicht, neuer Koalitionspartner der SPD zu werden. Diese zieht für ihre kapitalfreundliche Stadtpolitik eine große Koalition mit der CDU vor. Die Partei Die Linke wurde in Berlin als regierende Partei abgewählt und verlor auch in vielen Bezirken. Sie hat als Koalitionspartner alle Schweinereien der Berliner Landespolitik mitentwickelt und -getragen, der Wechsel von 13000 WählerInnen besonders aus dem Osten Berlins zu den Piraten zeigt diese Unzufriedenheit deutlich. Innerhalb der Partei Die Linke verschärfen sich die Auseinandersetzungen zwischen nach rechts auf Regierungsfähigkeit drängenden Gruppen und Teilen, die einen antikapitalistischen Kurs wollen, in der Praxis aber an einem national gezähmten Kapitalismus arbeiten, auf Kosten von Millionen von Menschen in der Peripherie des Kapitalismus.

Auf Lesungen und Veranstaltungen zu ihrem Buch »Krieg, Atom, Armut. Was sie reden, was sie tun: Die Grünen« legte Jutta Ditfurth offen, wofür die Politik, die die Grünen in den letzten Jahrzehnten machten, tatsächlich steht, für Krieg, Atom, Armut. Wie im Buch beschrieben, vollziehen die Grünen sobald sie Macht und Möglichkeiten dazu haben die fortschreitende Brutalisierung der Politik. Aktuell beweisen das der grüne Ministerpräsident von Baden-Württemberg Winfried Kretschmann, der den Widerstand gegen Stuttgart 21 zusammenknüppeln lässt, und der Grünen-Bundesvorsitzende Cem Özdemir, der in staatsmännischer Manier sagt, »das Problem wird nicht auf der Straße gelöst.«

**Aber genau dort geht der Kampf weiter!**

20 Jahre Ökologische Linke!

**Rechenschaftsbericht für die Bundeskonferenz der Ökologischen Linken  
am 10./11. Dezember 2011 in Köln**